

Der Innenminister und die warmen Eislutscher

Von Lukas Gahleitner-Gertz

Wir kennen das schon: Auch wenn ein Unterfangen noch so sinnlos, rechtswidrig und unrealistisch erscheint, manche fühlen sich dadurch erst so richtig angespornt, daran festzuhalten. Diese Verhaltensweise ist vor allem bei österreichischen Innenministern regelmäßig zu beobachten: Als die Taliban im Sommer 2021 im Laufschrift ohne Gegenwehr sämtliche Städte Afghanistans einnahmen, die USA panikartig versuchten, eigene Staatsbürger aus Kabul zu evakuieren, war es der österreichische Innenminister, der verkündete: „Wir halten an Abschiebungen von Afghanen fest.“ Jedem Menschen, der nur einen Funken Ahnung hatte und halbwegs bei Trost schien, war schon damals klar, dass dieses Unterfangen abseits der rechtlichen Bedenken unrealistisch und vollkommen realitätsfern ist. Dennoch: In regelmäßigen Abständen hören wir vom Innenminister, dass er selbstverständlich an Abschiebungen nach Afghanistan festhalte.

Dasselbe Muster sehen wir bei dem Unterfangen, am besten das gesamte Asylverfahren in irgendein Drittland auszulagern. Großbritannien ist das Vorbild: Das Königreich, das endlich die nationale Souveränität durch das Festhalten am Unterfangen Brexit wieder zu erlangen glaubte, musste realisieren, dass nun auch die – zu-

gegebenermaßen eher schlecht als recht funktionierenden – EU-Regeln, welches Land für die Prüfung eines Asylverfahrens zuständig ist, nicht mehr anwendbar waren. Dem Anstieg der Bootsankünfte wurde durch eine Abschreckungsankündigung begegnet: Alle Schutzsuchenden sollten stehenden Fußes nach Ruanda in Ostafrika ausgeflogen werden.

Die Absurdität des Unterfangens hielt – wie erwartet – den österreichischen Innenminister nicht davon ab, die Umsetzung auch dieser Idee für Österreich zu fordern. Im Gegenteil: Das „Großbritannien-Modell“ wurde als „Vorbild“ ausserkoren. Seitdem hören wir in regelmäßigen Abständen, dass daran „festgehalten“ werde. Daran wird sicherlich auch die Entscheidung des britischen Gerichts, das Ende Juni den Ruanda-Plan der britischen Regierung als rechtswidrig erklärte, nichts ändern.

Ohne in Details einzusteigen: Natürlich wünschen wir uns alle, dass Gegenden der Welt sicher und funktionierende Asylsysteme in mehreren Ländern etabliert werden würden. Bloß: Andere Länder werden nicht sicher, indem wir sie zu „sicheren Drittstaaten“ erklären. Bereits in der Vergangenheit wurden Schutzsuchende von Israel nach Ruanda ausgeflogen. Beweise zeigen, dass Ruanda diese teils geheim in



Lukas Gahleitner-Gertz ist Jurist und Sprecher der *asylkoordination österreich*.

andere Länder wie Uganda weitergeschoben hatte. 2.100 Menschen aus Eritrea und Sudan sind jeweils innerhalb eines Monats verschwunden und größtenteils in libyschen Gefängnislagern oder auf Booten nach Italien wieder aufgetaucht. Solche „Deals“ lösen gar kein Problem, sondern schaffen neue.

Auch ein Innenminister, der an sinnlosen, rechtswidrigen und unrealistischen Projekten festhält, ist primär dem Parlament gegenüber verantwortlich. Als gelernte Österreicher:innen wissen wir, dass von dieser Seite mit wenigen Ausnahmen wenig Gegenwehr kommen wird. Der Asylbereich ist wohl jener Politikbereich, in dem es den wahlwerbenden Parteien am wenigsten um Lösungen, als vielmehr um Problembewirtschaftung geht. Schlagzeilenproduzierende Luftschlösser des Innenministers werden dankend angenommen und rezipiert. Dass der Innenminister dabei von warmen Eislutschern träumt, wird nicht erkannt oder stillschweigend akzeptiert.

Hand aufs Herz: Wie realistisch es ist, dass sämtliche Asylverfahren in das bevölkerungsreichste Land Afrikas ausgelagert werden sollen? Ein Land mit der Drittel der Fläche Österreichs, in dem es unter anderem wegen des Landmangels vor 30 Jahren noch zu einem Genozid gekommen ist. Wie wahrscheinlich ist es, dass faire Asylverfahren in einem Land stattfinden, das von einem zunehmend autoritär herrschenden Präsidenten geführt wird, der für Oppositionelle eine zunehmend feindliche Atmosphäre im Land schafft? Wie finanziell nachhaltig ist es, einem autoritären Regime pro aufgenommenem Schutzsuchenden 200.000 Euro zu bezahlen, wie das britische Innenministerium berechnet? Für Schutzsuchende, die sich mangels Perspektive erst recht

wieder auf gefährliche Fluchtwege begeben?

In Bezug auf die britischen Ruanda-Pläne ist das letzte juristische Wort noch nicht gesprochen. Die britische Regierung hat bereits angekündigt, vor das Höchstgericht gehen zu wollen. Aber wir wissen bereits jetzt: Selbst wenn die Regierung vor dem Höchstgericht abermals scheitert, am Unterfangen wird erst recht festgehalten werden. Diese Politik löst aber keine Probleme. Mehr noch: Sie stellt auch nicht einmal mehr den Anspruch, reale Lösungen für reale Herausforderungen zu erarbeiten. Es wird eine Simulation der Realität geschaffen, in dem Gesetzmäßigkeiten der realen Welt außer Kraft gesetzt werden. Nur so lässt es sich auch von warmen Eislutschern weiterträumen.